

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses  
am Freitag, dem 16.03.2012, im Ausschusszimmer des Kreishauses  
Warendorf (4. OG, C 4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 10:58 Uhr**

	Seite
<b><u>I. Öffentlicher Teil</u></b>	
1. Bericht der Verwaltung	5
2. Vorstellung des aktuellen Standes des Gutach- tens zum Rettungsdienstbedarfsplan <b>212/2012</b>	6
3. Erhöhung des Volumens für die Berechnung der Leistungsorientierten Bezahlung 2011/12 <b>208/2012</b>	7
4. Pflege- und Wohnberatung <b>187/2012</b> hier: 1. Kündigung der Vereinbarungen mit den Pflegekassen über die Errichtung von Pflege- stützpunkten nach § 92c SGB XI 2. Änderung der Vereinbarung mit dem Verein Alter und Soziales e.V. Ahlen	8
5. Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Wa- rendorf <b>188/2012</b>	9
6. Integration der Regionalen Nahverkehrsgemein- schaft (RNVG) in den Zweckverband Schienen- personennahverkehr Münsterland (ZVM) <b>146/2011/1</b>	10
7. Änderung der Förderrichtlinie § 11 Abs. 2 ÖPNVG - Förderung (ÖPNV-Pauschale) <b>182/2011</b>	11
8. Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinba- rung zur Übertragung der Aufgaben der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Sassen- berg <b>198/2012</b>	12

9.	Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke zum Thema: Kreisflüchtlingsbericht	<b>210/2012</b>	<b>13</b>
10.	Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke zum Thema: Aussetzung der Abschiebung von Roma	<b>211/2012</b>	<b>14</b>
11.	Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Ehrengaben des Kreises Warendorf	<b>214/2012</b>	<b>15</b>
12.	Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grüne zur Sitzordnung bei Kreistagssitzungen	<b>209/2012</b>	<b>16</b>
13.	Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	<b>213/2012</b>	<b>17</b>

## **II. Nichtöffentlicher Teil**

1.	Vergabe Kreis Warendorf 2030 - Zukunftsperspektiven der Kreisentwicklung	<b>185/2012</b>	<b>18</b>
2.	Zerlegungsvereinbarung	<b>207/2012/1</b>	<b>19</b>
3.	Förderung der Frauenberatungsstellen hier: Änderung der Vereinbarungen mit den Vereinen "Frauen helfen Frauen e.V." Beckum und Warendorf	<b>180/2011</b>	<b>20</b>

## **Anlagen**

Anlage 1	Präsentation Rettungsdienstbedarfsplan
Anlage 2	Synopse des Ordnungsamtes
Anlage 3	Erläuterungen zu Vorlage Nr. 210/2012

**Anwesend:**

<b>Vorsitz</b>	
Gericke, Olaf Dr.	
<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Birkhahn, Astrid	
Bürsmeier-Nauert, Mechtild	Vertreterin für Herrn Peter Kreft
Buschkamp, Franz-Josef	
Diekhoff, Markus	
Eisenhuth, Hans-Heinrich	
Gerwing, Theresia	
Hild, Karl-Wilhelm	
Kaup, Winfried	
Lindstedt, Cornelia	
Möllmann, Rolf	
Nahrman, Rudolf	
Ommen, Detlef	
Schulte, Stephan	
Steiner, Hans-Rüdiger	
Thiel, Joachim	Vertretung für Herrn Ali Bas
<b>von der Verwaltung</b>	
Börger, Heinz Dr.	
Doerr, Julia	
Gnerlich, Friedrich	
Hansen, Peter Dr.	
Kampelmann, Norbert	
Seidel, Sebastian	

**Es fehlten entschuldigt:**

<b>Mitglieder des Kreisausschusses</b>	
Bas, Ali	Vertretung durch Herrn Joachim Thiel
Kreft, Peter	Vertretung durch Frau Mechtild Bürsmeier-Nauert
<b>von der Verwaltung</b>	
Funke, Stefan Dr.	

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 09:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses sowie die Vertreter der Presse.

Er stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 05.03.2012 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Der Landrat weist darauf hin, dass die Vorlage zu TOP II.2 "Zerlegungsvereinbarung" um eine Anlage ergänzt und diese bereits als Ergänzung übersandt wurde.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**I. Öffentlicher Teil****1. Bericht der Verwaltung**

- Genehmigung des Kreishaushalt durch die Bezirksregierung

Landrat Dr. Gericke berichtet, dass der Haushalt 2012 am 20.01.2012 durch die Bezirksregierung Münster genehmigt worden sei.

- Entwicklung der Einnahmen der Zentralen Heranziehungsstelle

KD Dr. Börger berichtet, dass im Jahr 2005 eine Zentrale Heranziehungsstelle für das Jugend- und Sozialamt eingerichtet worden sei. Diese Zentrale Heranziehungsstelle prüfe und setze privatrechtliche Ansprüche in den Bereichen Kindesunterhalt, Elternunterhalt und weitere zivilrechtliche Ansprüche im Bereich Sozialhilfe durch. Diese Zentralisierung und Spezialisierung habe sich bewährt und es sei eine kontinuierliche Steigerung der Ergebnisse im Vergleich zu 2004 zu verzeichnen.

Die Rückhol-Quote sei zudem von 16 % im Jahr 2007 auf 31 % im Jahr 2011 gesteigert worden, womit der Kreis Warendorf unter dem Durchschnitt im Regierungsbezirk Münster (23 %) liege.

Seit dem 01.01.2012 werde auch die Durchsetzung der Unterhaltsansprüche aus dem Bereich SGB II durch die Zentrale Heranziehungsstelle abgewickelt.

Ab dem 01.07.2012 solle die Kreisverwaltung auf Wunsch der Städte und Gemeinden auch für diese die Unterhaltsprüfung übernehmen. (Verweis auf TOP I.5 der Tagesordnung).

<b>2.</b>	<b>Vorstellung des aktuellen Standes des Gutachtens zum Rettungsdienstbedarfsplan</b>	<b>212/2012</b>
-----------	---------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Herr Petri von der Firma Orgakom stellt in einer umfangreichen Präsentation den aktuellen Stand des Gutachtens zum Rettungsdienstbedarfsplan vor (Anlage 1).

Landrat Dr. Gericke dankt für die Präsentation.

Herr Hild lobt das Ergebnis des Gutachtens.

Frau Arnkens-Homann stimmt Herrn Hild zu. Jedoch wünscht sie mehr Information vorab. Des Weiteren stellt sie die Frage über den weiteren Verlauf.

Auf ihre Frage nach dem weiteren Verlauf erklären Landrat Dr. Gericke und Ltd. KRD Dr. Hansen, dass aktuell noch die Personalausstattung der Leitstelle anhand der Einsatzzahlen 2011 überprüft werde. Die Ergebnisse der Gutachten würden dann in den Bedarfsplan übernommen. Anschließend folge das Beteiligungsverfahren. Dieses dürfe jedoch recht schnell und reibungslos verlaufen, da sowohl Krankenkassen als auch Städte, Bezirksregierung und Kreis bei der Erarbeitung des Gutachtens eingebunden seien und das Ergebnis mittragen. Die endgültige Beschlussfassung soll im Kreistag am 06. Juli 2012 erfolgen.

Auf Frage von Herrn Nahrmannt entgegnet Herr Petri, dass der Hilfsfristbeginn erst nach Informationsgewinnung liege, da die Informationsgewinnung häufig mit Schwierigkeiten verbunden sei. Darauf könne durch den Rettungsdienst direkt keinen Einfluss genommen werden.

Herr Diekhoff sieht es positiv, dass die niedergelassenen Ärzte weiterhin in den Rettungsdienst mit eingebunden werden.

Herr Petri bejaht auf Frage von Herrn Thiel, dass der Mehrbedarf an Personal in Höhe von 13,5 Stellen dazu geeignet sei, um eine gute Versorgung auch von bisher unterversorgten Bereichen zu gewährleisten.

Frau Lindstedt merkt an, die Definition der Hilfsfrist in den Rettungsdienstbedarfsplan aufzunehmen. Ltd. KRD Dr. Hansen ergänzt, dass die Hilfsfrist klar im Rettungsdienstbedarfsplan durch den Kreistag definiert worden sei. Bei einer Veränderung der Hilfsfrist sei zu berücksichtigen, dass die Krankenkassen die Kostenträger seien und die jetzige Entscheidung über die Hilfsfrist mittragen.

Herr Petri äußert abschließend die Möglichkeit der Beantwortung weiterer Fragen, die ihm über die Kreisverwaltung zugeleitet werden sollten.

Eine Synopse des Ordnungsamtes (Anlage 2) ist der Niederschrift beigelegt.

### **Beschluss:**

Zur Information.

**Abstimmungsergebnis:** zur Kenntnis genommen

3.	<b>Erhöhung des Volumens für die Berechnung der leistungsorientierten Bezahlung 2011/12</b>	<b>208/2012</b>
----	---------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Das Volumen für die Leistungsentgelte 2012 der Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten der Kreisverwaltung wird um die vorgeschlagenen Beträge um insgesamt 46.581,38 € erhöht.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

4.	<b>Pflege- und Wohnberatung</b> hier: <b>1. Kündigung der Vereinbarungen mit den Pflegekassen über die Errichtung von Pflegestützpunkten nach § 92c SGB XI</b> <b>2. Änderung der Vereinbarung mit dem Verein Alter und Soziales e.V. Ahlen</b>	<b>187/2012</b>
----	----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

**Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. die Vereinbarungen mit den Pflegekassen über die Errichtung von Pflegestützpunkten zum 30.06.2012 zu kündigen und
2. die Vereinbarung mit dem Verein Alter und Soziales e.V. Ahlen auf der Grundlage der in Ziff. 5 der Erläuterungen genannten Eckpunkte zu ändern.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen



<b>5.</b>	<b>Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf</b>	<b>188/2012</b>
-----------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die als Anlage beigefügte Satzung zur Änderung der Satzung über die Durchführung der Sozialhilfe nach dem SGB XII im Kreis Warendorf vom 22.12.2004, geändert zum 01.01.2007, wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

6.	<b>Integration der Regionalen Nahverkehrsgemeinschaft (RNVG) in den Zweckverband Schienenpersonennahverkehr Münsterland (ZVM)</b>	<b>146/2011/1</b>
----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------

Herr Thiel weist darauf hin, dass in der Anlage 1 der neuen Regelung in der Präambel noch der Kreis Steinfurt erwähnt werde und dies als ein Versehen zu sehen sei.

Herr Gnerlich dankt für den Hinweis und sagt eine Überprüfung zu.

Des Weiteren regt Herr Thiel die Diskussion zu § 5 der Vereinbarung bezüglich der Definition in Absatz 2 zum Begriff der gewöhnlichen Tätigkeit an.

Herr Gnerlich führt dazu aus, dass eine genaue Definition noch erfolge.

#### **Beschlussvorschlag:**

1. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld, Steinfurt und Warendorf auf dem Gebiet des ÖPNV vom 17.08.2006 wird aufgelöst.
2. Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen den Kreisen Borken, Coesfeld und Warendorf und dem Zweckverband SPNV Münsterland auf Grundlage des beigefügten Entwurfs zu unterzeichnen.
3. Die Mitglieder des Kreises Warendorf in der Zwecksverbandsversammlung SPNV Münsterland werden angewiesen, der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

7.	<b>Änderung der Förderrichtlinie § 11 Abs. 2 ÖPNVG - Förderung (ÖPNV-Pauschale)</b>	<b>182/2011</b>
----	-------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

**Beschluss:**

Den Änderungen der Richtlinie des Kreises Warendorf zur Verwendung der Mittel gem. § 11 Abs. 2 ÖPNVG NRW wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

8.	<b>Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Übertragung der Aufgaben der Prüfung des Jahresabschlusses 2011 der Stadt Sassenberg</b>	<b>198/2012</b>
----	-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des beigefügten Vereinbarungsentwurfs eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung mit der Stadt Sassenberg abzuschließen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

<b>9.</b>	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke zum Thema: Kreisflüchtlingsbericht</b>	<b>210/2012</b>
-----------	----------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Landrat Dr. Gericke bittet um Begründung des Antrages durch die Fraktion Die Linke.

Herr Schulte begründet den Antrag mit der Informationspflicht der Verwaltung gegenüber den Kreistagsmitgliedern.

Ltd. KRD Dr. Hansen erklärt das bisherige Vorgehen und weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass das Ausländeramt nicht für die Entscheidung über ein Asylverfahren zuständig sei. Die Verwaltung sei an die Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge sowie der Verwaltungsgerichte gebunden. Das Ausländeramt selbst sei nur für ordnungsrechtliche Maßnahmen im Bezug auf die Asylbewerber zuständig.

Die Forderungen des Antrages seien teilweise an die Städte und Gemeinden im Kreis Warendorf zuständigkeitshalber zu richten. Soweit eine Beantwortung möglich sei, würde sie der Niederschrift beigefügt (Anlage 3).

Herr Hild regt eine Rücknahme des Antrages der Fraktion Die Linke an.

Frau Lindstedt erklärt, dass bislang alle Informationen bereitgestellt worden seien, die sie erfragt habe.

Frau Arnkens-Homann unterstreicht diese Aussage und lehnt den Antrag ab.

Herr Schulte erklärt, dass der Antrag nicht zurückgezogen werde und fordert den Bericht durch die Verwaltung weiterhin ein.

### **Beschlussvorschlag:**

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 10.02.2012 wird verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt

<b>10.</b>	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke zum Thema: Aussetzung der Abschiebung von Roma</b>	<b>211/2012</b>
------------	----------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Herr Schulte begründet den Antrag und erklärt, dass der Fraktion bewusst sei, keinen direkten Einfluss nehmen zu können. Es solle jedoch ein Appell an die Landesregierung ausgesprochen werden.

Herr Hild erklärt daraufhin, dass derzeit keine Abschiebungen stattfänden und der Antrag daher nicht zustimmungsfähig sei.

Frau Arnkens-Homann möchte zunächst die Gespräche der entscheidenden Kommission abwarten und hält einen Antrag daher zum jetzigen Zeitpunkt für deplatziert.

Frau Lindstedt stellt die Frage, warum nur Roma einen Schutz erfahren sollten.

Abschließend ergänzt Ltd. KR Dr. Hansen, dass die Regelung Aufgabe des Bundesgesetzgebers sei und verweist auf die bisherigen Regelungen im Aufenthaltsgesetz.

### **Beschlussvorschlag:**

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion Die Linke vom 10.02.2012 sowie die Schreiben vom Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen vom 03.02.2011, 29.09.2011, 15.11.2011 und 12.12.2011 wird verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig abgelehnt  
Ja 0 Nein 14 Enthaltung 2

11.	<b>Änderung der Richtlinien über die Verleihung von Ehrengaben des Kreises Warendorf</b>	<b>214/2012</b>
-----	------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

**Beschlussvorschlag:**

Den als Anlage beiliegenden "Richtlinien über die Verleihung von Ehrengaben des Kreises Warendorf" wird zugestimmt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

12.	<b>Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.12.2011 zur Änderung der Sitzordnung bei Kreistagssitzungen</b>	<b>209/2012</b>
-----	--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----------------

Landrat Dr. Gericke bittet um Begründung des Antrages durch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen.

Frau Lindstedt trägt vor, dass durch die veränderte Sitzordnung die Gesprächskultur im Kreistag verbessert werden solle und bereits am 17.03.2006 diese Sitzordnung gewählt worden sei. Die veränderte Sitzordnung führe zu einer offenen Gesprächshaltung und sei ein Zeichen zeitgemäßer Gesprächskultur. Des Weiteren merkt sie an, dass bereits in der vergangenen Sitzung des Kreistages das Podest der Sitzungsleitung abgesenkt worden sei.

Herr Hild erklärt, dass die Sitzordnung sich in 2006 nicht bewährt habe und die räumlichen Gegebenheiten nicht vorhanden seien. Zudem erklärt er die Ablehnung des Antrages durch die CDU-Kreistagsfraktion.

Frau Arnkens-Homann schlägt vor, die Sitzordnung zunächst einmal auszuprobieren und fordert einen kollegialen Umgang miteinander. Eine vorherige Probe der Sitzordnung sehe sie als einen Kompromiss.

Herr Nahrman erklärt Zustimmung zum Antrag und möchte zunächst die Sitzordnung einmal ausprobieren.

Herr Schulte sieht keinen Vorteil durch die veränderte Sitzordnung für seine Fraktion und verweist auf den bisherigen Verlauf der Kreistagssitzungen.

Daraufhin trägt Herr Diekhoff den genauen Inhalt des Antrages vor und erklärt, dass er diesem in der vorliegenden Form nicht zustimmen könne.

Landrat Dr. Gericke führt aus, dass eine Veränderung durch die Räumlichkeiten begrenzt sei und jede Änderung zunächst baurechtlich überprüft werden müsse. Jedoch sei die Sitzordnung aus 2006 räumlich wie auch baurechtlich möglich.

Frau Lindstedt korrigiert auf die Einwände von Herrn Diekhoff hin den Antrag. Zur Abstimmung stehe nur der Punkt a des Antrages nicht jedoch der Punkt b.

### **Beschlussvorschlag:**

Auf den beiliegenden Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 05.12.2011 wird verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** mehrheitlich abgelehnt  
Ja 6 Nein 9



**13. Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien****213/2012**

Herr Hild bat um eine weitere Änderung bei der Umbesetzung der Ausschüsse und Gremien und ließ diese in den Beschlussvorschlag mit aufnehmen.

**Beschlussvorschlag:****I. CDU-Kreistagsfraktion****Umbesetzung eines Gremiums:****Aufsichtsrat der Abfallwirtschaftsgesellschaft**

<b>ordentliches Mitglied</b>	<b>stellv. Mitglied</b>
Herr Karl-Wilhelm Hild	<b>neu: Frau Dorothe Hüttemann</b> alt: Herr Heinrich Budde
Herr Paul Tegelkämper	<b>neu: Herr Josef Schmedding</b> alt: Herr Karl-Wilhelm Hild

**II. FDP-Kreistagsfraktion****Umbesetzung von Ausschüssen:**

Herr Markus Westbrock (S.B.) wird für Herrn Herbert Dominitzki (S.B.) als Mitglied in den **Ausschuss für Schule, Kultur und Sport** entsandt.

Herr Albert Fleiter (S.B.) wird für Herrn Thorsten Schöler (S.B.) als stellvertretendes Mitglied in den **Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung** entsandt.

Herr Albert Fleiter (S.B.) wird für Herrn André Haverkamp (S.B.) als stellvertretendes Mitglied in den **Bauausschuss** entsandt.

Herr Markus Westbrock (S.B.) wird für Herrn Thorsten Schöler (S.B.) als stellvertretendes Mitglied in den **Finanzausschuss** entsandt.

**III. Kreistagsfraktion Die Linke****Umbesetzung von Ausschüssen:**

Frau Sandra Riveiro Vega (S.B.) wird für Herrn Nils Hagemann (S.B.) als Mitglied in den **Bauausschuss** entsandt.

Aufgrund der Mandatsniederlegung von Herrn Nils Hagemann (S.B.) wird im **Rechnungsprüfungsausschuss** die Stellvertretung von Herrn Stephan Schulte nur noch durch Herrn Knud Vöcking wahrgenommen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 10:58 Uhr die Sitzung

Dr. Olaf Gericke  
Vorsitz

Dr. Heinz Börger  
Schriftführer